

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Karl Liedtke MdB, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, fragt: Was ist denn Besonderes an Franz Josef Strauß?
Seite 1/2

Heide Simonis MdB, Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages, rechnet mit dem Bund der Steuerzahler ab: Den Sack geschlagen, den Esel gemeint.
Seite 3/4

Hans-Jürgen Augstein MdB setzt sich dafür ein, den Bundestag attraktiver zu machen: Warum die meisten Abgeordneten ohne Resonanz bleiben.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 224

22. November 1979

Der Kandidat und seine Vasallen

Was ist denn Besonderes an Franz Josef Strauß?

Von Karl Liedtke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Einen Kanzlerkandidaten kennt unser Grundgesetz zwar nicht, CSU und CDU haben ihn jedoch gekürt: Franz Josef Strauß. Obwohl seit 30 Jahren mitten in der Politik - immerhin übt der Kandidat zur Zeit das Amt des Ministerpräsidenten eines Bundeslandes aus, das 1949 als einziges dem Grundgesetz seine Zustimmung verweigerte - waren die Auftritte seit der Ernennung zum Kanzlerkandidaten seltsam unsicher.

Die Begründung ist einfach: Der Kandidat und seine Berater suchen nach einem neuen Stil, der die 30jährige Vergangenheit vergessen machen soll. Doch dieser neue Stil wird nicht gefunden - Schlangen können sich häuten, Menschen nicht.

Bei seinen ersten Wahlkampfauftritten in Nordrhein-Westfalen und Bremen stand er bereits in des Kaisers neuen Kleidern da. "Ihr seid die besten Nazis, die es je gegeben hat, Ihr roten Pöbelhorden", schrie er die Randalierer und Störer seiner Veranstaltung an. Jeder, der diese Bilder im Fernsehen sah, mußte zutiefst erschrecken, wie schnell der Kandidat die staatsmännische Pose verlor.

Selbstverständlich sind Eierwerfer und Randalierer undemokratisch. Aber eine Frage muß man sich doch stellen: Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht treten schließlich auch in Wahlkampfveranstaltungen auf: Wieso gibt es bei diesen Unionspolitikern keine nennenswerten Störungen, keinen "roten Terror", keine "Brüllhaufen linker Rowdybanden"? Der Bundeskanzler, Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher haben

volle Säle und Marktplätze bei ihren Wahlveranstaltungen. Auch bei Ihnen gibt es nicht diese Szenen wie bei dem Unionskandidaten.

Was ist denn Besonderes an Franz Josef Strauß, muß man da doch fragen. Es gibt einen Schlüsselsatz aus der Rede, die Strauß in Sonthofen im November 1974 gehalten hat. Er lautet: "Aber die vielen nüchternen harten Fragen der Landespolitik, also der Strukturpolitik, der Regionalpolitik und so weiter..., wo man viel Sachkunde braucht, viel Detailkunde braucht, unendliches Maß an Fleiß aufwenden muß und trotzdem keine rauschenden Feste damit feiern kann, all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art."

Das ist das einfache Rezept des Kandidaten und seiner Vasallen: Emotionalisierung der Bevölkerung! Und dabei ist ihm jedes Mittel recht.

Da wird mit dem Argument Nationalsozialisten waren in erster Linie Sozialisten, infame Geschichtsfälschung betrieben. Die vielen Sozialdemokraten, die in Hitlers KZ gesessen haben und teilweise dort ermordet wurden, werden auf diese Weise nachträglich geschmäht. Die Ermordeten werden zu Mitschuldigen der Mörder erklärt. Seinen obersten Jugendfunktionär läßt der Kandidat sogar die Judos und Jusos mit SA und SS vergleichen.

Ziel dieser ungeheuerlichen und wohl kaum noch steigerungsfähigen Unterstellungen ist es, Emotionen aufzuheizen, Angst und Furcht in der Bevölkerung zu schüren.

Das Wahljahr 1980 wird erweisen, ob es genügend demokratische Bürger gibt, die wissen, daß mit solchen Rezepten die Zukunft nicht gestaltet und gemeistert werden kann.

(-/22.11.1979/ks/ca)



Den Sack geschlagen, den Esel gemeint

Auch für den Bund der Steuerzahler ist das Parlament der Ansprechpartner

Von Heide Simonis MdB

Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses des Haushaltsausschusses des Bundestages

Es ist das gute Recht des Präsidenten eines jeden Verbandes, also auch das des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, landauf landab die Trommel für seinen Verband zu rühren. Es ist höchstwahrscheinlich sogar seine Pflicht, in der Öffentlichkeit auf Verschwendung von Steuermitteln durch die öffentlichen Hände hinzuweisen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Ganz sicher kann ihm nicht abgestritten werden, daß die Prüfungsberichte des Bundesrechnungshofes Bestandteil der Arbeit des Bundes der Steuerzahler sind. Kritisch wird die ganze Angelegenheit aber dann, wenn Professor Haubrichs politische Vorschläge in den Raum stellt, die einigen Zweifel daran aufkommen lassen, ob er sich überhaupt der Tatsache bewußt ist, daß es Parlamente gibt, die der eigentliche Ansprechpartner des Bundesrechnungshofes sind und deren originäre Aufgabe darin besteht, die Verwaltung zu kontrollieren beziehungsweise für Fehlverhalten zu rügen. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, daß in der letzten Zeit vermehrt vom Bund der Steuerzahler bemängelt wird, daß wir häufig auch über größte Verfehlungen, die der Bundesrechnungshof gerügt hat, stillschweigend hinweggegangen wären, daß die Beanstandungen im Sande verliefen, oder aber, daß der zuständige Minister Vorhaltungen im Bericht des Bundesrechnungshofes einfach vom Tisch fege.

Professor Haubrichs folgert daraus dann auch, daß die Rechnungshöfe Exekutivgewalt haben müßten, die selbständige Zivil-, Disziplinar- oder gar strafrechtliche Verfahren einleiten könnten, um das Verhalten der Bürokratie zu verändern. Darüber hinaus fordert er, daß Roß und Reiter (wie er es nennt) in der Öffentlichkeit genannt werden müßten, das heißt wohl im Klartext, daß die Namen der Beamten und ihrer "Verfehlungen" auf dem öffentlichen Markt und in der Presse gehandelt werden dürften.

In der Regel legt der Rechnungshof seinen Bericht in der Öffentlichkeit vor, ein eigens dafür zuständiger Ausschuß, nämlich der Rechnungsprüfungsausschuß des Deutschen Bun-



destages, beschäftigt sich in mühseliger Kleinarbeit monatelang mit den vorgetragenen Vorwürfen, bis die betroffenen Ministerien, Referate und Beamte zu Wort kommen, gibt den Vertretern des Bundesrechnungshofes die Möglichkeit, ihren Standpunkt noch einmal darzulegen und kommt am Ende zu bestimmten Ergebnissen. Dies kann je nach Sachstand Ablehnung des Monitums des Bundesrechnungshofes sein, Annahme und weitere Folgerungen, wie die Forderung nach disziplinarrechtlichen Schritten, die Prüfung nach Ersatz des entstandenen Schadens, eine Rüge, die Änderung von Richtlinien, gesetzliche Anregungen und insbesondere die Bitte an den Haushaltsausschuß, sich in Zukunft solcher Fälle besonders anzunehmen.

Erst wenn der Rechnungsprüfungsausschuß zu einem Ergebnis gekommen ist, wird der Bericht des Bundesrechnungshofes sozusagen "rechtskräftig". Vorher schon den Namen eines Beamten oder Angestellten in der Öffentlichkeit breitzuzerren, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben wurde, den eigentlichen Kontrolleuren in der Verwaltung, nämlich den Parlamentariern, gegenüber sein Handeln zu erklären, wäre wohl große Mißachtung des Persönlichkeitsrechts und darf auf keinen Fall als politische Forderung in den Raum gestellt werden. Auch der Vorwurf, es würden die Bemerkungen des Bundesrechnungshofs unter den Tisch gekehrt, kann ja im Klartext wohl nur heißen, daß Professor Haubrichs den Sack schlägt und den Esel meint, das heißt, er rügt die Verwaltung und meint die Parlamentarier, von denen er - zu Recht oder Unrecht - annimmt, daß sie diese Rechnungsprüfungsberichte nicht ernst genug nähmen.

Vielleicht ist Professor Haubrichs oder einer seiner Vertreter einmal bereit, sich einen langen Tag lang darüber einen Überblick informieren zu lassen, wie detailliert und auch hartnäckig alle Kollegen, egal ob sie der Oppositions- oder den Koalitionsparteien angehören, sich mit Prüfungsbemerkungen des Bundesrechnungshofes auseinandersetzen.

Der längste Tag im Rechnungsprüfungsausschuß dauerte im Juni 1979 immerhin von morgens 9 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause bis nachts um 2 Uhr. Dies wäre vielleicht auch deshalb hilfreich, weil auf diese Art und Weise gemeinschaftlich der Versuch unternommen werden könnte, die Verschwendung von Steuermitteln einzudämmen, auf der anderen Seite aber auch der Gefahr zu entgehen, durch engstringige Auslegung von Richtlinien zwar rechtlich richtiges, ökonomisch aber sinnloses Handeln zu produzieren.

(-/22.11.1979/hi/ca)



Der Bundestag muß und kann attraktiver werden

Warum die meisten Abgeordneten ohne Resonanz bleiben

Von Hans-Jürgen Augstein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die bislang 30jährige Geschichte des Deutschen Bundestages ist auch eine permanente Geschichte seiner Reform, besser: der im Grunde stets mißglückten Reformversuche. Denn so sehr sich die jeweiligen Präsidenten und Ältestenräte auch mühten, alles was in den letzten Legislaturperioden an Experimenten gestartet worden ist, um den Ablauf der Plenarsitzungen attraktiver zu gestalten, hat nicht zu dem erhofften Erfolg geführt.

Nun ist es zwar richtig und Insidern mehr als geläufig, daß die wichtige politische Tagesarbeit nicht im Plenum geschieht, sondern in Arbeitskreisen, Fraktionssitzungen und Ausschüssen. Der großen Mehrheit der Bürger leuchtet der Hinweis darauf dennoch nicht ein. Und ich meine: Mit Recht nicht. Wenn Plenarsitzungen mehr als nur Schauveranstaltungen sein sollen, nämlich Gelegenheiten zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften, dann ist und bleibt es blamabel, wenn selbst bei Debatten über die Deutschlandpolitik nur zwei Dutzend Abgeordnete verstreut im Saal sitzen. Die Bürger am Fernsehschirm sind darüber aus guten Gründen empört.

Jeder kennt die Untersuchung, die beweist, daß die meisten Abgeordneten in Presse, Funk und Fernsehen praktisch ohne Resonanz bleiben, weil sich alle Aufmerksamkeit auf wenige große Namen richtet. Weil dies so ist, braucht man sich über die teilweise schon peinlich anmutenden Turnübungen nicht zu wundern, mit denen manche wenigstens über die immer mehr denaturierte Fragestunde zumindest in ihr Lokalblatt zu gelangen versuchen. Doch an dem mangelnden Medienecho ist wahrlich nicht nur die Presse schuld. Wenn die meisten Abgeordneten nahezu nie Gelegenheit erhalten, im Plenum das Wort zu ergreifen, können sie auch nicht beachtet werden. Sie selbst verlieren mit der Zeit die Lust, immer nur Staffage zu bilden, während sie zur gleichen Zeit wichtige Arbeiten erledigen könnten.

Auch die Debatte mit Kurzbeiträgen hat daran nichts ändern können. Es bleibt deshalb nur die Forderung, daß die eiserne Regie der Fraktionsgeschäftsführer gelockert werden muß. Nur dann gewinnt eine Plenarsitzung für viele Abgeordnete wieder Attraktivität und damit auch für die Bürger, wenn möglichst viele Parlamentarier die Chance haben, spontan einen Debattenbeitrag zu leisten, und sei es von nur zwei oder drei Minuten Dauer.

Dies kann nicht geplant und fahrplanmäßig festgelegt werden. Das eifersüchtige, ja klein-karierte Prüfen mit der Stoppuhr in der Hand, ob die anderen wirklich nicht ein paar Sekunden mehr das Rednerpult im Besitz haben, würgt jede Lebendigkeit ab. Ist es denn wirklich so schlimm, wenn einmal die eine und dann wieder die andere Seite mehr abekommt? Geht denn die Welt unter, wenn ein Fraktionsmitglied einmal etwas beisteuert, was nicht völlig der offiziellen Lesart entspricht? Wenn parlamentarische Grundsatz- und Stilfragen in Akademiegesprächen erörtert werden, dann sind hehre und beherzigenswerte Einsichten zu vernehmen, doch im Alltag des Parlaments gelten leider ganz andere Gesetze.

Nun wird gesagt, im neuen Plenarsaal solle alles ganz anders werden. Erstens fließt bis dahin noch viel Wasser den Rhein hinunter, und der Mißmut der Bürger ist schon groß genug. Und zweitens muß man wohl Zweifel anmelden, wenn man hört, daß der neue Plenarsaal noch größer wird als der jetzige. Wer - um Himmels willen - wird da gern hingehen mögen, wenn man sich heute schon im Plenarsaal nicht wohl fühlen kann? Ich meine, die kommende Legislaturperiode könnte und sollte genutzt werden, im alten Saal mit der neuen Sitz- und Debattenordnung zu experimentieren. Die nötigen Baukosten wären zu verkraften. Sie wären niedriger, als wenn man später bald den neuen Plenarsaal, weil ebenfalls untauglich, ändern müßte.

(-/22.11.1979/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier